

## **Dringlicher Antrag**

der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke

auf Annahme einer EntschlieÙung

### **Für Frieden in Europa!**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Wir erklären uns solidarisch mit den Menschen in der Ukraine und sind davon überzeugt, dass die Entscheidung des russischen Präsidenten nicht im Interesse der russischen Bevölkerung liegt. Im Interesse aller Menschen liegt das friedliche Miteinander überall, auch in Berlin. Wir stehen an der Seite der Ukraine in ihren international anerkannten Grenzen.

Das Abgeordnetenhaus von Berlin hält die Unverletzlichkeit der Grenzen souveräner Staaten für einen Grundpfeiler der europäischen Sicherheitsarchitektur, der von niemandem zur Disposition gestellt werden darf. Die Anerkennung der sogenannten Volksrepubliken in der Ukraine durch Russland und die Invasion russischer Truppen in ukrainisches Territorium eskalieren den Konflikt weiter. Wir verurteilen die russische Aggression gegen die Ukraine als Verstoß gegen das Völkerrecht und fordern einen sofortigen Rückzug der russischen Truppen.

Das Abgeordnetenhaus bittet die Bundesregierung, weiterhin mit der Europäischen Union auf Diplomatie und zivile Konfliktlösung zu setzen. Eine Ausweitung des Krieges mitten in Europa, die zu unendlichem Leid der betroffenen Bevölkerung führen würde, muss verhindert werden. Wir unterstützen die Position der Bundesregierung, keine Waffen in die Region zu schicken.

Berlin bekennt sich zu seiner Verantwortung zur Aufnahme von Menschen in Not, die aus dem Krisengebiet fliehen.

***Begründung:***

Die Entscheidung des russischen Präsidenten zur Anerkennung der sogenannten Volksrepubliken Luhansk und Donezk ist ein schwerwiegender Bruch des Völkerrechts und ein schwerer Schlag gegen alle diplomatischen Bemühungen zur friedlichen Beilegung und politischen Lösung des aktuellen Konflikts. Präsident Putin bricht damit auch mit den Grundprinzipien der Charta der Vereinten Nationen zum friedlichen Zusammenleben der Völker. Für die europäische Friedensordnung ist die Wahrung der territorialen Integrität und Souveränität der Staaten und der Verzicht auf Gewalt unverzichtbar.

Die Geschichte Deutschlands zeigt, dass Frieden und Freiheit alles andere als selbstverständlich sind. Wir haben die historische Verantwortung, Solidarität mit allen Völkern zu üben, deren friedliches Zusammenleben, deren Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung in Gefahr sind. Wir unterstützen den Weg der Diplomatie und Vermittlung. Es muss alles unternommen werden, um eine humanitäre Katastrophe noch zu verhindern.

Berlin, den 23. Februar 2022

Saleh  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
der SPD

Gebel  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen

Helm            Schatz  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Die Linke